

Menschenunwürdige Bedingungen



Abschiebungsstopp in das Kosovo gefordert

*Bastian Wrede
(Flüchtlingsrat Niedersachsen) und
Martin Link
(Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein)
haben die hier leicht gekürzte
Stellungnahme für den Europa-
Ausschuss des schleswig-
holsteinischen Landtages verfasst.*

Die Situation der Roma im Kosovo ist nach wie vor katastrophal. Die Mehrheit der Roma lebt in Armut, ist in Enklaven ausgegrenzt und bisweilen verfolgt von der albanischen Mehrheitsgesellschaft. Viele leben in Elendssiedlungen unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen.

Die Arbeitslosigkeit unter den Roma im Kosovo liegt bei ca. 98 Prozent, die staatliche Sozialhilfe, zu der nicht alle Zugang haben, deckt mit 35 – 75 Euro pro Haushalt nicht einmal die Lebensmittelkosten. Die meisten Minderheitenangehörigen leben von Gelegenheitsarbeiten oder dem Sammeln und Verkaufen von Altmetall, Papier oder Flaschen. Mit der finanziellen Armut geht auch der Ausschluss aus dem Gesundheitssystem einher, da für alle Leistungen privat bezahlt werden muss. Auch die hohe Schulabbrecherquote unter den Romakindern erklärt sich zum Teil aus der Armut, denn Schulbücher müssen bezahlt werden und viele Kinder müssen zum Lebensunterhalt ihrer Familie beitragen, anstatt zur Schule gehen zu können. So ergibt sich durch Armut und Bildungsmangel eine generationsübergreifende Verfestigung der prekären Lebenssituation der Roma.

Auch Gewalt gegenüber Roma seitens Angehöriger der albanischen Mehrheit ist weiterhin ein großes Problem. Die Menschenrechtsorganisation Chachipe dokumentierte im August 2009 mehrere ethnisch motivierte Angriffe gegen Roma. Auch der Menschenrechtskommissar des Europäischen Rates, Thomas Hammarberg, verweist in seinem Bericht zum Kosovo vom Juli 2009 und der Referent für Flüchtlings- und Asylpolitik des DW der EKD, Sebastian Ludwig, in seinem Reisebericht vom 30. Mai 2010, auf wiederkehrende Zwischenfälle interethnischer Gewalt und ein auch in Ordnungsbehörden vorherrschendes Klima der Intoleranz.

EU-Menschenrechtskommissar Hammarberg wies zudem darauf hin, dass Zwangsrückführungen von Flüchtlingen aus Westeuropa den Kosovo weiter destabilisieren könnten und einen negativen Effekt auf die Situation von Minderheiten haben würden, da es im Kosovo keine Kapazitäten zur massenhaften Aufnahme von zurückkehrenden Flüchtlingen gebe. Ein Strategiepapier zur Reintegration, das seit 2007 besteht, wurde bisher nicht umgesetzt.

Die Lebenssituation von Roma, die schon aus Deutschland in den Kosovo abgeschoben wurden, ist zusätzlich durch weitere Probleme gekennzeichnet. Die meisten Abgeschobenen haben in ihren früheren Wohnorten kein Haus mehr oder können ihr Eigentum daran nicht nachweisen, so dass sie faktisch obdachlos sind. Auch fürchten viele Verfolgung oder Racheakte durch die albanische Bevölkerung und wollen daher gar nicht in ihren Heimort zurückkehren. Regelmäßig wird RückkehrerInnen insbesondere mit der Unterstellung

Amnesty International gegen Roma-Abschiebungen

Amnesty International kritisiert die deutsche Politik bei der Abschiebung von Roma als Verstoss gegen das europäische Asylrecht. Die Hälfte der 10'000 von der Abschiebung in den Kosovo bedrohten Roma seien Kinder, denen in dem südosteuropäischen Land elementare Menschenrechtsverletzungen drohten, sagte die deutsche Amnesty-Generalsekretärin Monika Lücke der Zeitung «Augsburger Allgemeine».

Roma-Kinder «können im Kosovo in der Regel nicht zur Schule gehen, weil sie dort nicht registriert sind», sagte Lücke. «Den Roma-Kindern wird dort also das Recht auf Bildung verwehrt, ein elementares Menschenrecht», fügte Lücke hinzu. «In solchen Situationen verlangt das europäische Asylrecht, dass Menschen nicht zurückgeschoben werden.»

Lücke forderte die Bundesländer auf, sich ein Beispiel an Nordrhein-Westfalen zu nehmen, das derzeit keine Roma abschiebe. «Wir appellieren an die Innenministerkonferenz, auf ihrer Sitzung im November zu beschliessen, dass nicht mehr in Staaten abgeschoben wird, in denen Menschenrechtsverletzungen drohen», sagte die deutsche Amnesty-Generalsekretärin. (pbe/dapd)

serbischer Herkunft die Anmeldung verweigert, die hingegen Voraussetzung für Wohnraumzuweisung, Arbeitserlaubnis, Gesundheitsleistungen, Schulzugang und Leistungen der öffentlichen Hand ist. Weniger als 2 Prozent der Roma im Kosovo arbeiten im formellen Arbeitsmarkt, allenfalls gibt es für Wenige Erwerbseinkommen als Tagelöhner. Sozialhilfe ist reduziert auf 70 EUR je Familie, gibt es aber auch nur für jene, die mindestens ein unter fünfjähriges Kind haben.

Viele Rückkehrer flüchten sich in die inländische Illegalität ethnischer Enklaven, in denen zumindest die gefühlte Sicherheit größer ist, oder sie gehen gleich nach Serbien oder Montenegro, wo sie hingegen als Flüchtlinge auch keinerlei Möglichkeiten haben, ihre grundlegenden sozialen Rechte geltend zu machen. Nach Schätzungen des UNHCR verlassen mehr als zwei Drittel der abgeschobenen Personen den Kosovo innerhalb von zwei Monaten wieder, weil sie für sich keine Existenzmöglichkeit sehen oder aus Angst vor Verfolgung. Auch die finanziellen Probleme verstärken sich dadurch, da Sozialhilfe nur in der Kommune gewährt wird, in der die Rückkehrer vor ihrer Flucht gelebt haben. Dazu kommen Sprachprobleme der Kinder und Jugendlichen, die oft besser deutsch als albanisch sprechen, sowie die psychischen Belastungen durch die erneute Migration.

Kaum Unterstützung für Abgeschobene

Das Rückkehrzentrum des Projektes „URA 2“ in Priština, auf das sich oberste Landes- und Ausländerbehörden gern beziehen, bietet nach Recherchen von Pro Asyl (www.proasyl.de) sowie nach Einzelfallrecherchen des Niedersächsischen Flüchtlingsrates im Zusammenhang mit Abschiebungen keine ausreichende Sicherheit für abgeschobene Roma. Nur wenige der Abgeschobenen erhalten überhaupt und allenfalls geringe finanzielle Unterstützung durch das Projekt. Außerdem ist die wenige Hilfe, die geleistet wird, auf einen Zeitraum bis zu sechs Monaten beschränkt. Das Projekt wird u.W. von Sachsen, Baden-Württemberg und Niedersachsen finanziert und verfügt über keine sozialarbeiterische Kompetenz. Es ist offensichtlich, dass hier weder die Kapazitäten für die Betreuung großer Zahlen von Abgeschobenen bestehen noch überhaupt

langfristige Perspektiven für Rückkehrer geschaffen werden. Gleiches muss für das Wohnungs-Wiederaufbauprojekt „Roma Mahala“ festgestellt werden, in dem rückkehrende Roma keinen Wohnraum erhalten, weil sie prinzipiell gegenüber IDPs nachrangig behandelt werden. Die eigenen Häuser der RückkehrerInnen bewohnen längst andere, Streitigkeiten über Eigentumsrechte gehen regelmäßig zuungunsten der einst vertriebenen Roma aus.

Anhaltende Diskriminierung der Roma

Die Gefährdung der Roma, ihre prekären Lebensbedingungen sowie ihre Ausgrenzung und Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft sind nur zu verstehen, wenn man sich der historischen Dimension des Antiziganismus in Europa bewusst ist. Die gesellschaftliche Position der Roma, die sie immer wieder zwischen ethnisch-nationalistische Fronten geraten lässt, wird bestimmt durch ihre jahrhundertlange Diskriminierung als sog. „Zigeuner“. Im Kosovo, wie auch in Montenegro und Serbien, ist die Diskriminierung und Ausgrenzung von Roma als „cigani“ oder „magjup“, also „Zigeuner“, alltägliche Normalität. Sie werden beleidigt, bekommen keine Wohnung oder werden am Betreten von Geschäften oder Schwimmbädern gehindert.

Die Zusicherungen der neuen Regierung des unabhängigen Kosovo, die Menschenrechte zu achten und der Diskriminierung von Minderheiten entgegenzutreten, sind unter dem Druck westeuropäischer Staaten gemacht worden und spiegeln weder tatsächliche politische Programmatik noch die gesellschaftliche Realität wider. Die OSZE beklagt im November 2009, dass das Strategiepapier zum Umgang mit Minderheiten von der Regierung bis dato nicht auf die kommunalpolitische und Gemeindeverwaltungsebene weitergesagt worden ist. Die antiziganistischen Ressentiments gegenüber den Roma sind tief in die alltäglichen Beziehungen eingeschrieben und, selbst gutem Willen der Regierung vorausgesetzt, nicht durch kurzfristige Integrationsstrategien zu beseitigen. Die Ausgrenzung und Armut der Roma im Kosovo sind Zeichen ihrer anhaltenden Diskriminierung als „Zigeuner“. Die europäische Geschichte zeigt, wie leicht diese alltägliche

Diskriminierung in Pogrome umschlagen kann.

Verantwortung Deutschlands

Die Bundesrepublik Deutschland trägt eine besondere historische Verantwortung für die Sinti und Roma, die im Nationalsozialismus als „Zigeuner“ stigmatisiert und zu Hunderttausenden ermordet wurden. Die Sensibilität für die Gefahren des Antiziganismus sollte ein Ausdruck dieser Verantwortung sein. Unter diesen Umständen darf es nicht als Normalität akzeptiert werden, dass Roma ein Leben in Armut führen, ohne Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung und in täglicher Angst vor Verfolgung.

In der Zivilgesellschaft findet das Bewusstsein dieser historischen Verantwortung seinen Ausdruck in dem vielfältigen Engagement für Roma-Flüchtlinge und gegen Abschiebungen in den Kosovo, wie z.B. in der „Aktion 302 - Rettet eure Nachbarn“. Auch der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, die Gesellschaft für bedrohte Völker sowie Vertreter der katholischen Kirche haben sich gegen die Abschiebung von Roma in den Kosovo ausgesprochen. Der Kieler Flüchtlingsrat unterstützt einen Aufruf des Niedersächsischen Flüchtlingsrates und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BdA) für einen bedingungslosen Schutz von Sinti und Roma.

Ein Abschiebestopp und der Einsatz für eine umfassende Bleiberechtsregelung für Roma aus dem Kosovo würden zeigen, dass auch die Politik der Bundesrepublik Deutschland sich ihrer Verantwortung bewusst ist und dass Roma in Deutschland heute nicht mehr als „Zigeuner“, sondern als Menschen behandelt werden.

